

Europäische Führer: Sanktionen gegen Russland jetzt nicht aufheben

Europas Führer, darunter die UK, Frankreich und Deutschland, betonen, dass jetzt nicht der Zeitpunkt ist, Sanktionen gegen Russland aufzuheben. Unterstützung für die Ukraine bleibt Priorität.

Die europäischen Verbündeten der Ukraine sind sich einig, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist, um die Sanktionen gegen Russland aufzuheben. Dies geschieht, nachdem Moskau erklärt hat, es würde einem von den USA vermittelten Friedensabkommen zur Beendigung der Kämpfe im Schwarzen Meer nur unter der Bedingung zustimmen, dass einige Sanktionen gelockert werden.

Ein gemeinsames Statement der Staatsführer

Die Führer des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Deutschlands bekräftigten am Donnerstag auf einem Gipfel, dass Europa keine Sanktionen gegen **Russland** aufheben wird. Diese klare und scheinbar koordinierte Botschaft richtete sich an die Trump-Administration, die erklärte, dass sie die Forderungen des Kremls weiterhin prüft.

Details zum Gipfeltreffen in Paris

Im Anschluss an ein Treffen der sogenannten "Koalition der Willigen" in Paris, wo unterstützt wurde, wie die Ukraine weiter gestärkt werden kann und welche Rolle die Länder im Fall eines Friedensplans mit Russland spielen könnten, äußerten die führenden Politiker sich einstimmig zu Russlands Forderung, die Sanktionen zu lockern.

Erklärungen der Regierungschefs

"Es besteht vollständige Klarheit, dass jetzt nicht der Zeitpunkt ist, die Sanktionen aufzuheben", erklärte der britische Premierminister Keir Starmer. "Ganz im Gegenteil – wir haben diskutiert, wie wir die Sanktionen erhöhen können, um die US-Initiative zu unterstützen und Russland durch weiteren Druck an den Verhandlungstisch zu bringen." Starmer beschreibt das Treffen als "sehr konstruktiv" und bemerkte, dass mehr als 30 Länder, darunter die europäischen Verbündeten der Ukraine und NATO-Vertreter, anwesend waren.

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz schloss sich Starmer an und betonte, dass das Beenden der Sanktionen ein "ernster Fehler" wäre. "Es macht keinen Sinn, die Sanktionen zu beenden, bevor tatsächlich Frieden erreicht ist, und leider sind wir davon noch weit entfernt, wie man sehen kann."

Neuigkeiten zum möglichen Friedensabkommen

Diese Woche gaben die USA bekannt, dass Russland und die Ukraine sich auf einen Stopp der Kämpfe im Schwarzen Meer geeinigt haben. Allerdings folgend Moskau den Aussagen mit der Bedingung, dass das Abkommen nur umgesetzt wird, wenn einige der gegen russische Banken und Exporte verhängten Sanktionen aufgehoben werden.

Reaktionen aus den USA

US-Außenminister Marco Rubio erklärte am Mittwoch, dass die Vereinigten Staaten die Bedingungen Russlands für die Zustimmung zu einem teilweisen Waffenstillstand im Schwarzen Meer "evaluieren" werden. "Wenn die US-Verhandler aus SaudiArabien zurückkehrt, werden sie sich zusammensetzen, die Vorschläge durchgehen und ihre Eindrücke der Gespräche sammeln, damit wir besser verstehen können, was die russische Position ist oder was sie im Austausch verlangen", sagte Rubio.

Ukrainische Forderungen nach mehr Druck

Starmer wies darauf hin, dass absolute Klarheit darüber herrsche, dass Russland versuche, die Verhandlungen hinauszuzögern und mit "Spielchen" zu agieren. "Da müssen wir uns absolut klar ausdrücken", fügte Starmer hinzu und sprach damit auch im Beisein des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Selenskyj forderte ebenfalls "mehr Druck" und "mehr Sanktionspakete" gegen Russland und betonte, dass auf dem Gipfeltreffen in Paris vereinbart wurde, dass es "keine Aufhebung von Sanktionen jeglicher Art geben wird, solange Russland diesen Krieg nicht beendet."

Der Stand der Lage an der Front

"Sie ziehen die Gespräche in die Länge und versuchen, die USA in endlose, sinnlose Diskussionen über falsche 'Bedingungen' zu verwickeln, nur um Zeit zu gewinnen und mehr Land zu erobern", sagte Selenskyj und fügte hinzu, dass die ukrainische Aufklärung darauf hindeutet, dass russische Truppen sich auf neue Offensiven gegen die Regionen Sumy, Charkiw und Saporischschja in der Ukraine vorbereiten.

"Putin will über Territorium aus einer stärkeren Position verhandeln. Er denkt nur an den Krieg", sagte Selenskyj abschließend.

Zu diesem Bericht haben Daria Tarasova-Markina und Jennifer Hansler von CNN beigetragen.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at